Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 47 — Sonnabend, den 21. April 1928 — 41. Jahrgang

Außenpolitik und Dawes-Plan.

Man weiß aus der Wirtschaftswissenschaft, daß man an der „Ausrüstung" des gewöhnlichen Staatsbürgers die internationalen Zusammenhänge der Wirtschaft feststellen kann. Die Wolle seines Anzuges stammt aus Australien, die Baumwolle seiner Strümpfe aus Ägypten, die seiner Wäsche aus den Vereinigten Staaten. Die Knöpfe an seinem Anzug lieferte das Horn des afrikanischen Büffels. Der Filz seines Hutes stammt aus Italien. Seine Schuhe sind aus russischem Leder gefertigt, sein Schlips hingegen aus Kunstseide, fabriziert aus tschechoslowakischem Holz, und echte Seide, die ein fleißiger Seidenwurm im Tale des Jangtsekiang spann. Die Zigaretten oder Zigarren in seiner Jackentasche sind aus Tabak Ägyptens oder Brasiliens hergestellt, während seine Gummiabsätze oder Sparhacken vor nicht gar zu langer Zeit noch als Saft in einem Gummibaum auf der Halbinsel Malakka zirkulierten. Ausnahmen von dieser Regel gibt es in Deutschland nicht. 65 Millionen Deutsche schon im Deutschen Reiche allein sind bei dem wilden Kampf um den Absatz ein unentbehrlicher weltwirtschaftlicher Faktor. Sie bezahlen ihre Verbrauchsartikel durch die Ausfuhr von Waren oder Diensten.

Der Reichtum des deutschen Volkes in der Vorkriegszeit beruhte auf seiner nationalen Arbeitskraft und auf seiner Fähigkeit, die Erzeugnisse anderer Industrieländer, gestützt auf die eigene Macht, zu unterbieten und dergestalt aus dem Felde zu schlagen. Weltwirtschaftlich gesehen war dann die Inflationszeit in Deutschland eine Schleuderkonkurrenz mit dem Ziel, wieder ins Auslandsgeschäft hineinzukommen. Hernach hat man uns den Dawes-Plan aufgezwungen; wir müssen alljährlich große Tribute, im nächsten Jahre 2½ Milliarden Mark, an das Ausland einrichten. Da wir durch den Weltkrieg unsere Verkaufsorganisation in Ausland fast ganz eingebüßt und dazu eine gegen die deutsche Konkurrenz gerichtete Gesetzgebung in vielen Ländern der Erde als Hindernis für unseren Export zu überwinden haben, so ist die Aufgabe, diese Summe zu zahlen, künstlich unmöglich gemacht. Wir müssen die Einfuhr einschränken; aber die Einschränkung der Einfuhr steigert die Preise. Um sie wieder zu senken, muß, wie das der Reichsaußenminister Stresemann auf dem Industrie- und Handelstage ausführte, von der Landwirtschaft im Rahmen der Handelsverträge Entgegenkommen erwartet werden. Das bedeutet mit andern Worten: höheren Zollschutz für die Industrie, geringeren Zollschutz für die Landwirtschaft!

Diese durch den Dawes-Plan bedingte Handelspolitik, die auf eine Senkung der Lebensmittelpreise abzielt, um eben der Industrie den Wettbewerb zu ermöglichen, wird nun leider in ihrer Wirkung auf die Landwirtschaft bekanntlich noch verschärft. In den letzten vier Jahren hat Deutschland etwa 7—10 Milliarden Auslandskredite aufgenommen. Diese Auslandskredite gelangen hauptsächlich in Form von Einfuhrwaren nach Deutschland. Am leichtesten lassen sich nun allenthalben in der Welt wie auch bei uns Nahrungsmittel absetzen; Getreide und Fleisch sind leichter verkäuflich als Fabrikate. So ist es denn dazu gekommen, daß unsere Landwirtschaft nicht nur unter den Folgen des allzu geringen Zollschutzes, sondern gleichzeitig unter der künstlichen Konkurrenz des Auslandes zu leiden hat, die eine Folge der Auslandskredite ist. Da diese Auslandskredite allgemein zu sehr hohen Zinsen nach Deutschland gelangen, so hat gerade die Landwirtschaft davon keinen besonderen Vorteil; denn hohe Zinsen vermag sie unter diesen Umständen noch weniger zu zahlen als vor dem Kriege. Man darf aber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für die deutsche Industrie nicht unterschätzen: von sachverständiger Seite wird der Wert ihrer Jahreserzeugung auf über 13 Milliarden Mark angegeben und das ist eine noch sehr vorsichtige Schätzung.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung mehr, daß heute die Lage der Landwirtschaft alles andere als gut ist; eine Fortdauer dieses Zustandes muß eine nationale Katastrophe bringen. Das dadurch herbeigeführte Sinken der inneren Kaufkraft steigert aber das Exportbedürfnis der Industrie. Wenn aber, wie das leider der Fall ist, hohe Zollmauern sie an dem Betreten dieses Ausweges hindern, dann steht ein Rückschlag auf dem Gebiete auch der industriellen Erzeugung nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten. Das sind aber die Dinge, auf die es heute ankommt.

Man spricht heute sehr viel von der Notwendigkeit einer Revision des Dawes-Planes. Dieser sollte ja, wie bei der Londoner Konferenz 1924 immer wieder versichert worden ist, nur ein vorübergehendes Experiment darstellen zur Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit. Heute wissen wir genau, daß man damals die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überschätzte, weil man die Wirkung der schutzzöllnerischen Politik der anderen Staaten nicht übersehen konnte. So ist ja auch England inzwischen unter die Schutzzollstaaten gegangen.

Aus den bisherigen Ausführungen wird aber zweifellos für jeden eines hervorgehen, nämlich, daß wir wirtschaftlich zum Optimismus keine Veranlassung haben. Vielmehr kommt es darauf an, unsere Lage nüchtern und kühl zu ansehen, wie sie wirklich ist. In erster Linie müssen wir darnach streben, auch in der Handelspolitik die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen, soweit das namentlich in unserer Lage mitten in Europa möglich ist. Dazu gehört die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität. Wie der Ausgleich zwischen Industrie, Landwirtschaft und Reparationszahlungen gefunden werden soll, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Daß es sich dabei um eine Frage von entscheidender Bedeutung handelt, von der unsere ganze wirtschaftliche und politische Zukunft abhängt, liegt auf der Hand. Hier mag nur an eines erinnert werden. Setzt sich die Landwirtschaftskrise fort, dann wächst der Menschenzustrom nach den Städten und Industriegebieten. Diese können aber nicht mehr Menschen als bisher aufnehmen, wenn sie nicht ihren Produktionsabsatz steigern können. Der Binnenmarkt ist dabei ebenso wichtig wie die Ausfuhr. Geht es aber mit der Landwirtschaft weiter rückwärts und mit der Industrie nicht vorwärts, dann bleibt nur eine Möglichkeit, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, nämlich die der Ausfuhr von Menschen. Daß die deutsche Auswanderung in bedenklicher Weise zunimmt, ist bekannt. Wie aber gerade der Ausfuhr von Menschen ohne tatkräftige Unterstützung des Landvolkes entgegengewirkt werden kann, das ist eine Aufgabe, die von der kommenden Regierung gelöst werden muß; erst wenn man deren Zusammensetzung kennen wird, wird man entscheiden können, ob sie dieser Aufgabe gewachsen sein wird. Auch der Schutz der Landwirtschaft, besonders der handelspolitische Schutz, ist also, wie man sieht, eine Aufgabe von nationalpolitischer Bedeutung, die der Parteipolitik nicht anheimfallen darf.

Reichskabinettssitzung über die Antikriegspläne.

Vortrag Dr. Stresemanns.

Das Reichskabinett trat unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsjustizministers Dr. Hergt, zusammen. Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister i. R. Dr. Hermes, erstattete Bericht über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen. Im Anschluß daran nahm das Reichskabinett einen Bericht des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, über den Vorschlag der amerikanischen Regierung zum Zweck eines allgemeinen Kriegsächtungspaktes entgegen. Wie verlautete, sollte auch das vom Reichsinnenminister von Keudell vorgeschlagene Verbot des Rotfrontkämpferbundes zur Sprache kommen.

Wie aus dem Vortrag des Ministers a. D. Hermes zu erkennen war, sollen die deutsch-polnischen Verhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden. Eine polnische Kommission ist bereits nach Berlin abgereist.

Die von Dr. Stresemann behandelte amerikanische Antikriegsaktion bezweckt ein allgemeines Kriegsverbot und einen zu diesem Zweck abzuschließenden Vertrag zwischen Amerika, England, Frankreich, Belgien, Japan und Deutschland. Die Vorschläge sind inzwischen vom Auswärtigen Amt in Berlin sehr eingehend geprüft worden. In zuständigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die deutsche Regierung, die keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie die Aktionen Amerikas auf das lebhafteste begrüßt und unterstützt, mit einer formellen Kabinettsbeschlußfassung in diesem Sinne noch zurückhalten will. Die eigentliche Diskussion über einen Antikriegsvertrag wird wahrscheinlich erst nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland in Fluß kommen können.

*

Keine Auflösung des Sächsischen Landtages.

Der Sächsische Landtag lehnte in seiner Donnerstagsitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die von diesen gestellten Anträge auf Auflösung des Landtages ab. Der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte vorher, er halte die jetzigen Regierungsparteien für objektiver als die Kommunisten und Wirtschaftsparteiler. Kaiser sprach sich ebenfalls gegen die Auflösung aus.

Verbot des Rotfrontbundes?

Vorgehen des Reichsinnenministers.

Wie von zuständiger Seite mitgeteilt wurde, hat der Reichsminister des Innern auf Grund des § 17, Absatz 2 des Republikschutzgesetzes an alle Länderregierungen das Ersuchen gerichtet, ein Verbot des Roten Frontkämpferbundes zu erlassen. Der Plan, den Roten Frontkämpferbund aufzulösen, soll seit längerer Zeit bestehen.

Entgegen einer Meldung, nach der auch der Reichskanzler dem Verbot des Roten Frontkämpferbundes zugestimmt haben sollte, wird an Reichsstelle erklärt, daß es sich um eine Ressortangelegenheit des Reichsinnenministers, der gleichzeitig Polizeiminister sei, handele. Sämtliche in Berlin anwesenden Minister sind von der Absicht des Reichsinnenministers verständigt worden, aber eine Zustimmung ist vom Reichsinnenminister weder erbeten noch von den übrigen Ministern erteilt worden.

Die preußische Regierung hat das Ersuchen des Reichsministers v. Keudell abgelehnt und gegen ein etwaiges Verbot Einspruch erhoben. Dem Einspruch Preußens haben sich angeschlossen die hessische, die braunschweigische und die Regierung von Mecklenburg-Schwerin.

Das geplante Rotfrontverbot.

Einberufung des Reichstagsausschusses.

Der Reichstagsausschuß zur Wahrung der Rechte der Volksvertretung ist zum nächsten Dienstag, den 24. April, einberufen worden. Auf der Tagesordnung steht die Stellungnahme zu dem geplanten Verbot des Rotfrontkämpferbundes.

Dem preußischen Einspruch gegen ein Verbot haben sich inzwischen noch außer Hessen, Braunschweig und Mecklenburg angeschlossen: Hamburg, Lübeck, Anhalt, Sachsen und Baden. Die Staaten haben ihre Ablehnung nach Berlin mitgeteilt und werden sich, falls das Verbot erfolgt, der Klage beim Staatsgerichtshof anschließen. In Bayern ist man geneigt, dem Verbot zuzustimmen.

Deutschland und der Kriegsverzicht.

Prüfung der amerikanischen Vorschläge.

Die von dem amerikanischen Botschafter überreichte Note des Staatssekretärs Kellogg über den Abschluß eines allgemeinen Kriegsächtungsvertrages ist im Auswärtigen Amt zu Berlin geprüft worden. Diese Verhandlungen sind abgeschlossen, so daß die Note jetzt in einer der nächsten Kabinettssitzungen beraten werden kann. Natürlich wird es zu einer endgültigen Beschlußfassung zunächst noch nicht kommen, um so mehr als auch neue französische Vorschläge vorher noch geprüft werden sollen. Soviel steht fest, daß die amerikanischen Vorschläge in Berlin eine sympathische Aufnahme gefunden haben und daß auch die Rechtsabteilung der Reichsregierung Bedenken gegen die Verwirklichung nicht zu haben glaubt.

Französische Gegenpläne.

Die französische Regierung wird im Laufe dieser Woche den Regierungen von Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, Japan und Italien nicht nur einen Gesetzentwurf für den von Kellog vorgeschlagenen Antikriegspakt, bestehend aus drei oder vier Artikeln und den Vorbehalten, die die Lage erheische, unterbreiten, sondern gleichzeitig auch eine erläuternde Note, die nicht wesentlich von der abweichen werde, die Frankreich am 26. März in Washington überreichen ließ.

Industrie- und Handelstag in Berlin.

48. Vollversammlung.

Die Reichshauptstadt beherbergt zurzeit die bedeutendsten Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu ihren überaus wichtigen Verhandlungen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wurde bereits Dienstag abend durch ein Festmahl in den Kroll-Festsälen eingeleitet, zu dem die Spitzen der Reichsregierung und eine große Anzahl anderer bedeutender Persönlichkeiten erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache des Präsidenten des Industrie- und Handelstages, Franz v. Mendelssohn, dankte Reichswehrminister Dr. Gröner im Namen der Reichsregierung und der Gäste. Er betonte dabei, daß die Reichsregierung die Arbeiten des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammern mit regem Interesse verfolge. Im Reichstag trat dann Mittwoch früh die 48. Vollversammlung des Industrie- und Handelstages zusammen.

Wieder waren zahlreiche Vertreter der Reichsregierung — darunter Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Köhler — sowie Vertreter der Länderregierungen erschienen. Präsident von Mendelssohn eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er die Vertreter des Reiches und der Länder begrüßte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

nahm nunmehr das Wort und rief die Erinnerung wach an die Kundgebung des Industrie- und Handelstages vom August 1923. Damals habe er, der Redner, davon gesprochen, daß wir im deutschen Volk doch die Kämpfe um die Staatsform zurückstellen sollten angesichts der Wirtschaftsnot. Dem Minister scheint es, daß diese Mahnung auch heute noch ihre Bedeutung nicht verloren hat, da wir noch weit entfernt seien von der Überwindung der Wunden des Weltkrieges und der Nachkriegszeit. Während andere Erdteile ihre Wirtschaft um 30—40 Prozent über die Vorkriegszeit gesteigert haben, hat Europa noch nicht einmal den Stand von 1913 erreicht. Das sollte wie ein Alarmruf wirken auf die europäischen Länder zur wirtschaftlichen Verständigung und Zusammenarbeit.

Die Lage der gewerblichen Wirtschaft

behandelte als erster Redner der Tagesordnung Generaldirektor Erich Tgabert, Neunkirchen. Der Redner kam nach ausführlichen Darlegungen über die augenblicklichen Verhältnisse zu dem Schluß, der deutschen Qualitätsarbeit müsse auf dem Weltmarkt stärkere Geltung verschafft werden.

Wirtschaftsfragen der Reichsbahn

behandelte Dr. C. F. Siemens, Berlin. An Äußerungen über den Beschluß des Verwaltungsrats auf Beantragung einer Tariferhöhung anknüpfend, erklärte der Redner, daß eine ganze Reihe falscher Vorstellungen über die finanziellen Maßnahmen der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorhanden sei. Der Redner erläuterte seine Voraussetzungen eingehend.

Über Stellung und Aufgaben der Landwirtschaft

in der deutschen Wirtschaft sprach Reichsminister a. D. Dr. Hermes, über deutsche Wirtschaftspolitik Minister a. D. Hamm.

*

Entschließung des Industrie- und Handelstages.

Berlin. Als Abschluß seiner Tagung hat der Deutsche Industrie- und Handelstag eine umfangreiche Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Lage der deutschen Volkswirtschaft eben jetzt an der Schwelle einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280421-16/fragment/page=0001

wirtschaftlich und politisch entscheidungsvollen Zeit besonders unsicher und schwierig sei. Die Resolution verlangt deshalb von den in der Wirtschaft Stehenden Verbesserung und Verbilligung der Produktion, Einstellung auf Steigerung des Absatzes, strenge Prüfung von Kapitalaufwendungen wie Kreditbeanspruchungen, auf ihren wirtschaftlichen Ertrag hin, Pflege der Werkarbeit insbesondere zur Steigerung der deutschen Ausfuhr, Mitarbeit an den Bemühungen um Steigerung der Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft und um Senkung des Einfuhrbedarfs sowie stärkere Beteiligung am öffentlichen Leben. Vom Staat fordert die Resolution, das praktische Bekenntnis zur Privatwirtschaftsordnung

Die Rentabilität des Ruhrbergbaus.

Verschiedene Gutachten.

Zur Prüfung der Verhältnisse im Ruhrkohlenbergbau war von Staats wegen eine Kommission eingesetzt worden, die untersuchen sollte, ob die von den Arbeitern gestellten Forderungen in bezug auf Arbeitszeit und Lohn noch mit einer genügenden Rentabilität des Bergbaues zu vereinbaren seien.

Während die Arbeiter ihre Ansprüche als tragbar bezeichnen, wird von Arbeitgeberseite ebenso bestimmt behauptet, der Kohlenbergbau sei schon derart belastet, daß weitere Erhöhung der Gestehungskosten ohne gleichzeitige Kohlenpreiserhöhung nicht denkbar sei.

Die Kommission, bestehend aus den Herren Generaldirektor Springorum und Generaldirektor Stein (Arbeitgeber), Dr. Lusft von den Christlichen Gewerkschaften und Dr. Baade von den Freien Gewerkschaften (Arbeitnehmer) sowie Prof. Dr. Schmalenbach als Vorsitzendem, ist zu keinem einheitlichen Resultat gekommen. Dr. Baade erstattete zunächst ein Sondergutachten. Dieses gibt an, daß auf der Tonne absatzfähiger Produktion im November 1927 ein Verlust von 36 Pfennigen gelegen habe, erklärt diesen Verlust aber durch zu hohe Abschreibungen usw. Die übrigen vier Herren nehmen in ihrem Gutachten, das unter dem Einfluß Schmalenbachs steht, an, der Verlust im November betrage auf die Tonne 1,25 Mark und die Abschreibungen hielten sich im Rahmen des Notwendigen.

Bringt somit das Schmalenbach-Gutachten zum Ausdruck, der Bergbau arbeite mit einem Endverlust von 27 Pfennigen pro Tonne, so errechnet Dr. Baade einen Gewinn pro Tonne von 58 Pfg. (bei Annahme seiner Abschreibungsquote).

„Unerträgliche Schullasten."

Der Verband der Preußischen Landgemeinden wendet sich in einer Eingabe an den Preußischen Landtag u. a. gegen die Bestrebungen der Klein- und Mittelstädte, die umliegenden Landkreise, aus denen Kinder die städtischen höheren Schulen besuchen, zu den Kosten der Verwaltung heranzuziehen. Sie erklärt dieses Bestreben für ungerechtfertigt und erwartet, daß der preußische Staat die in Frage kommenden 12—15 Millionen M nicht den Landgemeinden aufbürden, sondern sie selber übernehmen werde. Die „Deutsche Tageszeitung" schreibt dazu: „Die zurzeit untragbar hohen ländlichen Realsteuerzuschläge können, wie allseitig gewünscht wird, nur herabgesetzt werden durch Verminderung der zwangsläufigen Gemeindeausgaben. Es dürfte schon jetzt feststehen, daß die leistungsschwachen ländlichen Schulverbände nicht in der Lage sein werden, die ab 1. April d. J. wiederum erhöhten Beiträge zur Landesschulkasse zu zahlen. Wenn die Landgemeinden schon die Kosten für die eigenen Schulen nicht mehr tragen können, um wieviel weniger möglich wird es also sein, die Landgemeinden auch noch zur Finanzierung fremder Schulen auf dem Umwege über die Kreisumlage heranzuziehen." Sind diese Feststellungen richtig, dann hat das Landvolk alle Ursache, das Scheitern des Schulgesetzes mit sehr ruhigem Augen zu betrachten, denn das Kerdellsche Schulgesetz hätte hunderte von Millionen Mark neuer Steuern und neuer Anleihen gekostet

Aus der Wahlbewegung.

Ausstellung von Stimm-(Wahl-)scheinen.

Stimm-(Wahl-)scheine dürfen am Tage der Abstimmung nicht mehr ausgestellt werden. Größere Gemeinden können die Ausstellung von Stimm-(Wahl-)scheinen schon am zweitletzten Tage vor dem Wahltage schließen, haben aber hierauf in einer Bekanntmachung besonders hinzuweisen. Sofern nicht von den Stimmberechtigten die Ausstellung getrennter Stimm-(Wahl-)scheine beantragt wird, ist es unbedenklich, für beide Wahlen nur einen Wahlschein auszustellen. Die Wahlscheine gelten für Personen, die auf Reisen sind oder vorübergehend im Auslande, deshalb nicht an ihrem ständigen Wohnorte im Reiche abstimmen, vielleicht nur in dem nächsten deutschen Grenzort, abstimmen können.

Das Wählerverzeichnis und seine Auslegung.

Für das Reich und Preußen wird das gleiche Wählerverzeichnis ausgelegt und benutzt. Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 4. April d. J. wurde bestimmt, daß für die Neuwahl des Reichstages die Stimmlisten oder Stimmkarteien in der Zeit vom 29. April bis zum 6. Mai einschließlich, jedoch in denjenigen Gemeinden, in denen mit Zustimmung des preußischen Innenministers eine Gemeindewahl mit der Reichstagswahl verbunden wird, vom 15. bis 28. April einschließlich ausgelegt werden. Der preußische Minister des Innern bestimmt diese Fristen gleichzeitig zu Auslegungsfristen für die ebenfalls am 20. Mai d. J. stattfindende Neuwahl des Preußischen Landtages. Vor der Auslegung haben die Gemeindebehörden die Wählerverzeichnisse daraufhin zu überprüfen, daß nur die am Wahltage tatsächlich wahlberechtigten Personen eingetragen sind. Personen, die nur zum Reichstag oder zum Landtag wahlberechtigt sind, sind in den Wählerverzeichnissen besonders kenntlich zu machen. Im allgemeinen werden die Wählerverzeichnisse während der üblichen Dienststunden auszulegen sein, auch an Sonntagen muß dafür ein besonderer Dienst eingerichtet werden. Es kann zur Richtigkeit der Wahlhandlung führen, wenn die Wählerverzeichnisse ohne Rücksicht auf die örtlichen Verhältnisse zu ungeeigneten Tagesstunden und zu kurze Zeit an den einzelnen Tagen ausgelegt werden sind. Nach Ablauf der Auslegungsfrist dürfen Änderungen an den Wählerverzeichnissen nur noch auf rechtzeitig erhobene Einsprüche hin vorgenommen werden; auch Änderungen von Amts wegen sind nach Ablauf der Einspruchsfrist unzulässig.

Deutschnationaler Wahlaufruf.

Die Deutschnationale Volkspartei erläßt ihren Aufruf für die bevorstehenden Wahlen, und zwar gesondert für das Reich und für Preußen. In dem Aufruf zur Reichstagswahl wird als Ziel des politischen Kampfes Deutschlands Befreiung von äußerer und innerer Knechtschaft bezeichnet. Weiter wird erklärt, die „Illusionen von Locarno, Genf und Thoiry" seien verflogen. Schließlich wird die Parole aufgestellt: Vorwärts mit Bismarck! Gegen die Alleinherrschaft der Parlamente und Parteien! Für Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten! Für sachliche Politik und sparsame Wirtschaft! Der Preußenaufruf stellt die Frage: Soll der Staat Friedrichs des Großen nur noch ein Vollwerk sozialdemokratischer Parteimacht sein? Dank der dienstwilligen Hilfe der Demokraten und der Unterstützung des Zentrums führe heute die Sozialdemokratie in Preußen ein einseitiges Parteiregiment. Dafür, daß es anders werde, trage jeder Preuße am 20. Mai die Verantwortung! Es gebe nur ein Entweder — Oder! Wenn der Staat Friedrichs des Großen in Zukunft wieder seine deutsche Mission erfüllen solle, dann müsse jeder Preuße seine Stimme der einzigen Partei geben, die seit jeher in schärfster Kampfstellung gegen das rote Regiment in Preußen steht. Der Aufruf schließt: Gegen rote Parteipolitik! Für preußische Staatspolitik! Wählt deutschnational! — An die Wahlaufrufe schließt sich eine Entschließung zur Agrarfrage, in der Fortsetzung und Ausbau der im Notprogramm angebahnten Maßnahmen gefordert werden, ferner eine Kundgebung zur Verfassungsfrage, die Stärkung der Stellung des Reichspräsidenten und Wahrung der Eigenstaatlichkeit der Länder verlangt.

Reichs- und Landesliste der Christlich-Nationalen Bauern- und Landvolkpartei Schleswig-Holsteins.

Spitzenkandidat auf der Reichstagsliste ist Hofpächter Fritz Schultz-Berdrow, Fortkrug bei Büchen. Den ersten Platz auf der preußischen Landtagsliste nimmt Hofbesitzer Otto Stahmer in Quakerteich bei Segeberg ein.

Ostpreußische Reichs- und Landtagskandidaten der Deutschnationalen Volkspartei.

Die Deutschnationale Volkspartei hat für Ostpreußen folgende Kandidaten für die Wahlen aufgestellt: Für den Reichstag führt an erster Stelle Graf zu Eulenburg-Gallingen, an zweiter Stelle Franz Behrens. Für den Landtag kandidiert an erster Stelle der Bauerngroßbesitzer Krischick, an zweiter Stelle Freiherr v. Mirbach, der Landrat von Neidenburg.

Zentrumswahlvorschlag für Frankfurt a. Oder—Grenzmark Posen—Westpreußen.

In einer Vertreterversammlung der Zentrumspartei des Wahlkreises Frankfurt a. Oder—Grenzmark Posen—Westpreußen wurden für den Reichstag nominiert: Studienrat Warnke-Schneidemühl, Justizminister Dr. Schmidt-Berlin, Weber Regerle-Forst usw.; für den Landtag: Gutsbesitzer Mallach-Wittkow, Verbandssekretär Michel-Berlin, Regierungsassessor Mod-Frankfurt a. O., Dachdeckermeister Habermann-Schneidemühl u. a.

Frankreich wählt.

Mit außerordentlich geringem Interesse sieht man diesmal in Frankreich den Wahlen entgegen, denn kein Mensch zweifelt daran, daß Poincaré einen großen Sieg erringen wird. Poincaré wohlgemerkt, nicht irgendeine Partei. Weiß man doch kaum, welcher Partei der jetzige Ministerpräsident überhaupt angehört. Theoretisch der „Republikanisch-demokratischen Union", also der Rechten, aber er kämpfte ohne weiteres auch „links" stehen.

Selbst mit der Lupe sind in Frankreich eigentliche Parteiunterschiede — im deutschen Sinne — nicht festzustellen. Höchstens zwischen dem gesamten Parlament von rechts bis links und den — Kommunisten. Die sind nämlich die einzige „Weltanschauungspartei", haben ein ganz klein wenig auf die sogenannten Sozialisten abgefärbt, die allerdings von dem Charakter einer „Klassenkampf"partei nicht einen Hauch verspüren lassen. Herriot, der sich auch als Sozialist betrachtet, ist schon „bürgerlicher", und das trotz des pompösen Namens seiner Partei als „Radikal-sozialistische", während Painlevé und Briand, die früheren Sozialdemokraten, mit ihrer „Republikanisch-sozialen Partei" noch weiter „rechts" stehen. Sie haben zusammen den Kern des Linksblocks abgegeben, der am 11. Mai 1924 bei den letzten Kammerwahlen den Sieg errang: Herriot wurde damals Ministerpräsident.

Ebensowenig ist auf das Wort „radikale Linke" zu geben; diese Leute — um Loucheur als Parteiführer — sind ebensowenig radikal wie linksstehend, ähneln vielmehr etwa der Deutschen Volkspartei.

Und nun gar die „Rechte"! Irgendwelche monarchischen Tendenzen bestehen dort so gut wie gar nicht, nur ist man dort viel „französischer" als weiter links, wo hier und da humanitäre oder völkerversöhnende Ideologien mitzusprechen versuchen, aber auch nur dann, wenn dadurch Frankreichs Interesse keinerlei Schaden erleidet. So hat die Linke gegen den Rheinbruch einen „Widerstand" geleistet, der vor dem Zugriff Poincarés dahinschmolz wie der Schnee vor der Sonne.

Es gibt eben in Frankreich — abgesehen von den Kommunisten — überhaupt nicht das, was bei uns die fest umgrenzten „Weltanschauungsparteien" sind. Es gibt nur Führerparteien und die Namen sind gleichgültig. Man wählt — auch im Kandidaten — nur Briand oder Herriot, Blum oder Painlevé. Vor allem aber wird Frankreich am 22. April Poincaré wählen. Er ist es, der den Frank stabilisiert hat. Das ist die Wahlparole.

Außenpolitik — das interessiert den Wähler in Frankreich wenig. Und Innenpolitik — das heißt nichts anderes, als daß sämtliche öffentlichen Ämter mit den Anhängern der siegreichen politischen Richtung besetzt werden, die dafür zu sorgen haben, daß die „guten Freunde" auch einen fetten Bissen schnappen können. Also nichts Wesentliches, nichts „Weltanschauungs"mäßiges in deutschem Sinne. Und im Parlament ist's dann so, daß jeder mal „drankommen" darf. Handelspolitik — an der wird auch nichts geändert, wie auch die Wahlen ausfallen mögen, denn die bisherige handelspolitische Einstellung Frankreichs hat dazu geführt, daß man weder Arbeitslosigkeit noch Wohnungsnot kennt, daß Industrie und Landwirtschaft blühen, daß die Handelsbilanz aktiv ist, kurz, daß das Wort von dem guten Leben, das der Herrgott in Frankreich führe, jetzt durchaus berechtigt ist.

Und alles, weil es Poincaré gelungen ist, den Frank zu stabilisieren. So populär ist er infolgedessen, daß sie sich in einer ganzen Reihe von Wahlkreisen darum streiten, wer denn eigentlich nun der „Poincaré-Anhänger" ist. Also, wenn man will, rechts stehend ist. Denn es gibt ja gar keine offiziellen Kandidatenlisten wie in Deutschland; der Mann wird gewählt und die „Partei" spielt gar keine Rolle. Und kein Mensch blickt etwa bei der Abgabe des Stimmzettels über den Rhein hinüber, fragt, was Deutschland über den Wahlausgang „denken" würde.

Politische Rundschau

Deutsches Reich

Sparmaßnahmen in Bayern.

Bei der Tatsache, daß die bayerischen Staatshaushalte für 1927 und für 1928 mit Fehlbeträgen abschließen, will die bayerische Regierung im Gegensatz zum Reichsbesoldungsgesetz an ihrem Plan der Nichtbesetzung frei werdender Beamtenstellen für ein Vierteljahr festhalten. Außerdem erklärte der Finanzminister im Landtagsausschuß, daß er es aus Ersparnisgründen sehr begrüßen würde, wenn das Gesetz über die Staatsvereinfachung rasch verabschiedet würde. Inzwischen habe das Finanzministerium die anderen Ministerien ersucht, an ihrem Sachaufwand Ersparungen von fünf Prozent vorzunehmen.

Gespannte Finanzlage Oldenburgs.

Dem Oldenburgischen Landtag hat der Finanzausschuß Bericht erstattet. Es ergibt sich daraus, daß die Finanzlage des Staates sehr gespannt ist. Die Schuldenlast beträgt 26 Millionen Mark. Hiervon sind 11—12 Millionen kurzfristig. Regierung und Ausschuß sind sich darin einig, daß kurzfristige Anleihen unter keinen Umständen weiterhin aufgenommen werden dürfen. Darum müßten die Mittel für den Wohnungsbau erheblich eingeschränkt werden.

Der Ausweiszwang im besetzten Gebiet.

Die Nachrichten, wonach der Reichskommissar für die besetzten Gebiete Verhandlungen mit den Besatzungsbehörden über die Aufhebung des Paßzwanges im besetzten Gebiet aufgenommen haben soll, werden von zuständiger Stelle als unzutreffend bezeichnet. Im Rheinland besteht bekanntlich kein Paßzwang, sondern nur der Zwang, einen persönlichen Ausweis mit sich zu führen. Verhandlungen über die Aufhebung dieses Ausweiszwanges haben nicht stattgefunden und sind auch nicht beabsichtigt.

Befatzungseinspruch gegen Eingemeindung von Höchst zurückgezogen.

— Von zuständiger deutscher Seite wird mitgeteilt: Die Interalliierte Rheinlandkommission hat auf Antrag des Reichskommissars für die besetzten Gebiete ihren vorläufigen Einspruch gegen das Frankfurter Eingemeindungsgesetz zurückgezogen und ausdrücklich bestimmt, daß das Gesetz auch im besetzten Gebiet mit Wirkung vom 1. April 1928 angewandt werden kann. — Damit kann die Eingemeindung von Höchst in Frankfurt a. M. als Tatsache betrachtet werden.

Ungarn

Tumult im Abgeordnetenhause.

Die in Budapest weilenden italienischen Parlamentarier statteten dem Abgeordnetenhaus einen Besuch ab. Die italienischen Gäste wurden auf eine der Galerien geleitet. Als sie von Saale aus sichtbar wurden, begrüßten sie die Regierungsparteien mit Huldigungsrufen. Das Zeichen zu diesen Huldigungen gab Ministerpräsident Bethlen selbst. Von den Sozialdemokraten kamen Protestkundgebungen. Die Linke schrie: Nieder mit der Diktatur! Wie steht es mit den Mördern Matteottis? Sie sind die Freunde von Mördern. Die Fortsetzung der Verhandlungen war nicht möglich. Der Tumult dauerte längere Zeit. Die bürgerlichen Demokraten waren zu der Sitzung überhaupt nicht erschienen

Aus In- und Ausland

Berlin. Der Reichspräsident empfing den österreichischen Handels- und Verkehrsminister Dr. Schürff.

München. Nach einer Meldung der Münchener Neuesten Nachrichten führt der bayerische Staat Verhandlungen über die Aufnahme einer fünfjährigen inländischen Schatzanweisungsanleihe, die unmittelbar vor dem Abschluß stehen sollen. Der Betrag der Anleihe dürfte möglicherweise 30—40 Millionen Mark erreichen.

Mannheim. Der bisherige Reichstagsabgeordnete der Kommunistischen Partei Deutschlands Georg Kenzler wurde auf Grund eines Haftbefehls des Untersuchungsrichters in Mannheim wegen einiger durch die Presse begangenen Vergehen gegen das Republikschutzgesetz und Beleidigung verhaftet.

Paris. Wie aus Buenos Aires gemeldet wird, steht jetzt fest, daß Irigoyen zum Präsidenten der argentinischen Republik gewählt worden ist, obwohl das Ergebnis der Präsidentenwahl noch nicht in vollem Umfang vorliegt.

London. Einer Reutermeldung zufolge haben die am Sonntag stattgefundenen Präsidentschaftswahlen in Paraguay einen überwältigenden Sieg des liberalen Kandidaten Joseph Guglari ergeben

Lissabon. Das neue Kabinett ist gebildet worden. Ministerpräsident ist Vicento Freitas, der gleichzeitig das Ministerium des Innern und interimistisch auch das Finanzministerium übernimmt. Minister des Äußern ist Bettencourt Rodrigues.

Kowno. Wie gemeldet wird, wird sich der Prozeß der deutschen Ingenieure in Moskau wegen des ständig neueintreffenden Untersuchungsmaterials noch weiter verzögern. Jetzt wird als Verhandlungsbeginn der 29. Mai genannt.

Helsingfors. In den letzten Tagen sind in verschiedenen Städten Finnlands zahlreiche kommunistische Arbeiterführer und Gewerkschaftsmitglieder verhaftet worden.

Aus der Umgegend

Nebra, 21. April.

— **Einen solch launenhaften April,** wie den diesmaligen, haben wir schon lange nicht gehabt. Da hat sich der Schelm erst von der schönsten Seite gezeigt, ein Osterfest bescherte er uns, daß man annehmen konnte, Ostern und Pfingsten falle zusammen, aber gleich nach dem Fest kam die Kehrseite: Schneeschauer, Kälte, Sturm, von allem Ungemach etwas, und zwar von keinem zu knapp. Rasch mußten die Winterkleider wieder hervorgeholt, die Oefen betriebsfertig gemacht werden, denn es war ein richtiger Nachwinter gekommen, der auch heute noch anhält, obwohl die jetzt zum Durchbruch kommenden Sonnenstrahlen etwas erwärmend wirken. Aber hoffnungslos wollen wir dieserhalb nicht sein, denn die Sonne steigt immer höher, bald kommt der Wonnemonat und der wird alles gut machen, was der unbeständige April uns zugefügt hat.

— **Hochwassergefahr.** Der Wasserstand der Unstrut ist durch den anhaltenden Regen und die Schneeschmelze der letzten Tage beträchtlich gestiegen. Da der Schnee in den Bergen bei dem jetzt wärmer werdenden Wetter schnell schmelzen wird, so wird weiteres Steigen des Wassers mit eventuellem Uebertreten über die Ufer erfolgen.

— **Bestandene Prüfung.** Die Gesellenprüfung im Damenschneiderinnengewerbe bestand vor der Prüfungskommission der Schneiderzwangsinnung in Freyburg a. U. am Montag Frl. Therese Kammermeyer aus Roßleben mit Auszeichnung. Frl. Kammermeyer erhielt ihre Ausbildung bei der Damenschneiderin Frau Heise in Nebra.

— **Politische Versammlung.** Am kommenden Mittwoch, den 25. April, wird die hiesige Ortsgruppe der Deutschen Demokratischen Partei im „Weißen Roß" eine Mitgliederversammlung abhalten, in der Herr Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt über die schwebenden politischen Tagesfragen sprechen wird. Freunde der Partei sind als Gäste willkommen.

— **Stadt-Lichtspiele.** Am Sonntag findet am Nachmittag eine Kindervorstellung statt. Am Abend wird das jetzt verfilmte bekannte Anzengrubersche Volksdrama: „Der Meineidbauer" abgerollt, das sicher großen Eindruck hinterlassen wird.

— **Preisskaten und Preiskegeln** auf einmal veranstaltet am Sonntag Herr Gastwirt Koch in Wippach mit Unterstützung des dortigen Radfahrvereins. Voraus-

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280421-16/fragment/page=0002

sichtlich ist am Sonntag gutes Wetter, damit die Freunde des Skats und der Kegelbahn durch nichts vom Spaziergang nach dem nahen Wippach abgehalten werden. — Um die Skater aber nicht vor die Frage zu stellen, „Wobin gehen wir? hat Herr Gastwirt Neumann in Kleinwangen seinen ebenfalls für diesen Sonntag angezeigten Preisskat auf eine Woche verschoben, er wird also am 29. April stattfinden.

— **Burschenball.** Die jungen Burschen im benachbarten Bitzenburg laden zu einem Ball am Sonntag ein. Daß diese Einladung in der Hauptsache an die jungen Mädchen sich richtet, ist wohl gewiß; indessen dürfen sich aber auch junge Burschen einfinden, wenn sie frohe Stunden mit genießen wollen.

— **Die Straße Allerstedt—Memleben** wird wegen Neupflasterung in Kilometer 1,1 bis 1,3 — Flur Allerstedt — vom 16. April bis 1. Mai 1928 für allen Verkehr gesperrt. Der Verkehr wird von Allerstedt über Wohlmirstedt nach Memleben und umgekehrt verwiesen. Die Sperrung ist durch Aufstellung von Sperrtafeln örtlich bezeichnet worden.

— **Keine Zurückziehung der Fünfmarkstücke.** Der Berliner Börsenkurier, der Freitag abend gemeldet hatte, daß die neuen Fünfmarkstücke aus dem Verkehr gezogen werden sollen, hat in seiner Sonnabend-Nummer eine Mitteilung aus dem Reichsfinanzministerium veröffentlicht, wonach bei den zuständigen Stellen von derartigen Plänen nichts bekannt sei. Die Fünfmarkstücke bleiben also nach wie vor im Verkehr.

Bitzenburg. Der 27 Meter hohe Schornstein der Grabenmühle ist am Donnerstagabend kurz vor 6 Uhr zu Fall gebracht worden, nachdem vier Arbeiter länger als drei Tage mit vereinten Kräften bemüht waren, eine Bresche im unteren Teile des stattlichen Bauwerks einzumeißeln. Viele Zuschauer hatten lange schon auf den Moment des Sturzes gewartet, aber der gigantische Riese hielt stand, er ergab sich nicht gleich, als er nun dennoch menschlicher Geschicklichkeit und List nicht mehr zu widerstehen vermochte, war gerade keiner von den vielen Neugierigen mehr zur Stelle, nur die am Abbau beschäftigten Arbeiter konnten dies grandiose Schauspiel mit ansehen. Weit hörte man das Getöse des Stürzens. Und wieder einmal ist mit diesem Schornstein ein Wahrzeichen industrieller Betätigung aus dem Unstruttal verschwunden.

Roßleben. (Fußball.) Trotz schlechter Bodenverhältnisse fand letzten Sonntag, wie bereits kurz berichtet, das angesagte Diplomspiel des Sportklubs „Eintracht" gegen die Spielvereinigung Nebra statt. Punkt 3 Uhr gab der Schiedsrichter das Leder frei. Nebra legte sich gleich zu Beginn mächtig ins Zeug, ein flottes exaktes Zuspiel brachte sie vor Sportklubs Allerheiligstes, deren Hintermannschaft jedoch sicher klärt. Hin und her flog der Ball, Angriff auf Angriff wurde von Nebra vorgetragen, dabei wurde ein vom Tormann schlecht gefaßter Ball zum Tor verwandelt (0:1). Jetzt erst fanden sich die hiesigen zusammen und drängten mächtig zum Ausgleich, der ihnen auch in der 35. Minute durch Flankenlauf veränt wurde. Mit 1:1 wurden die Seiten gewechselt. Schon wieder lag Nebra durch gefährlichen Flankenangriff vor Sportklubs Tor. Spannende Momente folgen, der Kipper verläßt sein Heiligtum, verfehlt in dem morastigen Boden, ein unerwarteter Torschuß folgt, jedoch die Verteidigung war schon rettend im Kasten. Der Nachschuß folgte ins Aus. Ein schöner Augenblick — die hiesigen zeigen Klasse — der Ball wird von Mann zu Mann gespielt und ehe sich der Gegner sammeln und stellen konnte, hatte das Leder die Torlinie passiert. (2:1). Nebra kommt mächtig auf und immer wieder mußte der Torhüter rettend eingreifen. Weit ins Feld flogen seine die Stürmerreihe immer wieder anfeuernde Raketen. Leider versagten des Oefteren die Einheimischen Flügelstürmer und der Kampf tobte hin und her bis endlich wieder ein überraschender Innen-Trio-Angriff dem Sportklub den 3. Treffer brachte. (3:1). Noch war es Zeit für Nebra aufzuholen, — noch 10 Minuten — sie gaben alles aus sich heraus und während sich die Hiesigen zu siegessicher fühlten, sandten seiner Gegner Stürmer unhaltbar ein. (3:2). Trotz allem Eifer mußten sie aber den Sieg und damit das Diplom dem heute besonders vom Glück begünstigten Sportklub Eintracht überlassen. Spielkritik: Spiel im Allgemeinen ausgeglichen. Sportklubs Tormann mit Verteidigung fehr gut. Läuferreihe muß beweglicher, ausdauernder und exakter im Zuspiel werden. Stürmerreihe rechter Flügel schwach. Durch Stellung und Platzhalten und besonders besserem Zuspiel ist aus der Mannschaft unbedingt mehr herauszuholen . . . Spielvereinigung ist leicht überlegen, ihre schwache Seite ist Tormann und linker Flügelstürmer, dem Sturm mangelt es am sicheren Schuß. Schiedsrichter war außer einigen kleinen Fällen gut. — Am kommenden Sonntag, 1/2 2 Uhr nachmittags findet im Klosterpark ein Treffen des Sportklubs „Eintracht"-Roßleben gegen die Klosterschule Roßleben statt. Da die Klosterschule über eine sehr gut trainierte Elf verfügt, dürfte ein interessantes Spiel zu erwarten sein.

Allstedt. Am Sonnabend wurde im Weim. Hof der Turnerverein Allstedt e. V. gegründet. Zweck des Vereins ist die Hebung und Förderung des Reit- und Fahrsports und der Pferdepflege. Der Verein veranstaltet Reit- und Fahrturniere, Reitjagden. Mitglied des Vereins kann jeder werden, der die Satzung des Vereins anerkennt. Der Vorstand ist gebildet aus den Herren Erz. Eichhorn als 1., Rittergutsbesitzer Hoch, Wolferstedt als 2. Vorsitzenden und den Herren P. Hörning, Otto Kayser und G. E. Kieme, Schaafsdorf als Beisitzender. Zum Kassierer wurde Herr Bankvorsteher Förster bestimmt. Dem neuen Verein traten sofort zirka 20 der anwesenden Herren bei. Das diesjährige Turnier findet, wie bereits bekannt, zu Pfingsten statt und wird drei Tage dauern. Die Ausschreibungen hierfür werden in Kürze herausgebracht. Für dieses Jahr ist mit einer weit stärkeren Beteiligung als im vergangnen Jahre zu rechnen.

Naumburg. Nach einem langen Für und Wider ist nun endlich die Festzugsfrage zur 900. Hundert-Jahresfeier der Stadt Naumburg geklärt. Die Stadtverordneten hatten zu einem historischen Festzug die Mittel nicht bewilligt; sie entschieden sich nur für eine Ausgestaltung des Kinder-Kirschfestzuges etwa durch eine Protop-Gruppe. Aus dem Naumburger Gewerbe heraus hat sich aber nun ein Festausschuß gebildet, der unter Benutzung eines Planes des heimatlichen Historikers Pr. Dr. Borkowsky einen Festzug mit Bildern aus der Stadtgeschichte Naumburgs von 1028 an vorbereitet. Der Festzug soll am 10. Juni stattfinden.

Halle. Im Bereiche der Landeskriminal-Polizeistelle Halle treten seit einiger Zeit bewaffnete Einbrecher auf, die insbesondere ländliche Ortschaften heimsuchen und deren Treiben als gemeingefährlich bezeichnet werden kann. Insbesondere suchen die Einbrecher Gutshäuser auf, verüben aber auch Einbrüche in Geschäftslokale, Gasthäuser usw. In manchen Orten sind in einer Nacht 3 bis 4 Einbrüche verübt worden. So in letzter Zeit sind besonders die Kreise Querfurt, Mansfeld und Saalekreis, sowie Eisleben heimgesucht worden. Die Einbrecher suchen in der Hauptsache nach Geld, sie verfügen über ein Motorrad mit Beiwagen und besitzen sogar die Dreistigkeit, in Schlafzimmer einzubrechen. Ein ähnlicher Einbruch wurde kürzlich in Polleben verübt. Es ergeht daher an alle Einwohner des Regierungsbezirks Merseburg das Ersuchen, bei der Ermittlung der Verbrecher mitzuwirken und alle etwaigen Beobachtungen der nächsten Polizeibehörde oder Landjägerei, oder der Landeskriminal-Polizeistelle Halle mitzuteilen.

Bleicheroda. In Großbodungen ereignete sich ein aufsehenerregender Vorfall. Auf dem Hausboden fanden Eltern, die tagsüber auf Arbeit gewesen waren, abends ihren 13jährigen Sohn tot auf. Die Todesursache erscheint völlig rätselhaft. Man vermutet Selbstmord durch Erhängen, wogegen aber das Alter des Knaben und sein fröhliches Wesen am Nachmittag des gleichen Tages spricht. Die Untersuchung ist eingeleitet.

Greppin. Die J.-G. Farbenindustrie mußte einen erheblichen Teil von Kleinäckern wieder zurücknehmen, da die Pächter, der Arbeit überdrüssig, den Acker ohne Wissen der Gesellschaft weiter verpachteten oder ihn unbestellt ließen. Das Verlangen nach eigenem Garten und Acker hat unter den Belegschaften stark nachgelassen.

Leipzig. Am Donnerstag gegen 17 Uhr wurden zwischen Täubchenweg und Dresdner Straße in der Heinrichstraße zwei Kinder im Alter von 4—5 Jahren in dem Augenblick von einem Geschäftsauto überfahren, als sie die Straße überquieren wollten. Die bedauernswerten Kinder wurden sofort nach dem Kinderkrankenhaus gebracht, wo das eine seinen schweren Verletzungen erlegen ist, während das andere schwer verletzt darniederliegt. Die Kinder sollen direkt in den Kraftwagen hineingelaufen sein.

Magdeburg. Einen entsetzlichen Fund machten Einwohner im benachbarten Frohse. In einem mit einem Deckel fest verschlossenen Kochtopfe von 25 cm Durchmesser fanden sie eine Kinderleiche. Ob das Kind nach der Geburt gelebt hat, muß die gerichtliche Untersuchung erst ergeben. Verletzungen irgendwelcher Art waren an dem Körper des Kindes nicht festzustellen.

Nah und Fern

⊙ **Ehrenpromotion Dr. Stresemanns und Schurmans.** Der amerikanische Botschafter in Berlin, Schurman, und der Reichsaußenminister Stresemann sind bekanntlich von der Universität Heidelberg zu Ehrendoktoren ernannt worden. Die Ehrenpromotion soll am 5. Mai, vormittags, stattfinden.

⊙ **Albrecht-Dürer-Taler.** Der Reichsrat genehmigte einen Antrag der Stadt Nürnberg, wonach aus Anlaß der 400. Wiederkehr des Todestages Albrecht Dürers Dreimarkstücke als Denkmünzen bis zum Betrage von 150 000 Mark ausgeprägt werden.

⊙ **Opel-Sander-Rakete II.** Zurzeit wird in den Opel-Werken an der Fertigstellung der Opel-Sander-Rakete II gearbeitet. Der neue Raketenwagen soll granatenähnliche Karosserie und zu beiden Seiten große Tragflügel erhalten, die den Wagen zunächst nicht in die Luft erheben, sondern durch Verkehrtstellung fest auf die Bahn drücken sollen. Der erste Raketenvorstoß in die Luft ist für Mitte Mai geplant und wird wahrscheinlich vom Berliner Zentralflughafen aus erfolgen.

⊙ **Unfall eines Verkehrsflugzeuges.** Ein auf dem Fluge von Zürich nach Stuttgart befindliches Verkehrsflugzeug mußte wegen schlechten Wetters eine Zwischenlandung bei Spaichingen vornehmen. Bei der Landung wurde die Maschine teilweise schwer beschädigt. Die acht Insassen blieben bis auf einen unverletzt.

⊙ **Verhaftung eines Mannheimer Bankdirektors.** Das Vorstandsmitglied der in Zahlungsschwierigkeiten geratenen Mannheimer Gewerbebank, Röttinger, und einer seiner Freunde sind in Haft genommen worden. Röttinger wird beschuldigt, Kredite ohne Wissen der Verwaltungsorgane gegeben, falsche Buchungen vorgenommen und eine falsche Bilanz aufgestellt zu haben.

⊙ **Wertvolle Schmucksachen in Zarskoje Selo entdeckt.** Wie aus Moskau berichtet wird, entdeckte man im Kaiserpalast und im ehemaligen Schloß der Großfürstin Maria Pawlowna in Zarskoje Selo eingemauerte Geldschränke, die Schmucksachen und Edelsteine im Werte von 3½ Millionen enthielten.

⊙ **Bauunglück auf der Newyorker Untergrundbahn.** Bei den Bauarbeiten für die Untergrundbahn auf dem oberen Broadway in Newyork trat ein Erdrutsch ein, der 13 Arbeiter verschüttete. Zwei von ihnen wurden tot, zwei andere schwerverletzt geborgen. Man befürchtet, daß noch weitere Todesopfer zu verzeichnen sein dürften.

Bunte Tageschronik

Breslau. Nach amtlicher Feststellung beträgt die Zahl der Einwohner Breslaus nach der Eingemeindung mehrerer Orte 605 453 (gegen 564 323 am 1. Februar 1928).

Beuthen. Die vier Bergarbeiter, die auf der Karsten-Zentrum-Grube infolge eines Erdstoßes verschüttet wurden, sind als Leichen geborgen worden.

Prag. Das bekannte Hotel „Blauer Stern", in dem 1866 der Friede zwischen Österreich und Preußen geschlossen wurde, wird abgebrochen, um einem Bankgebäude Platz zu machen.

Paris. Bei Le Bourget stürzte aus 100 Meter Höhe ein Militärflugzeug ab. Der Pilot wurde auf der Stelle getötet.

Nizza. Die Nachricht vom Tode eines im Paddelboot von Hamburg hier eingetroffenen deutschen Studenten hat sich als falsch herausgestellt.

London. Nach Meldungen aus Mexiko-Stadt ist in Dzeaquistla ein Autobus von bewaffneten Farmern beschossen worden. Fünf Personen wurden getötet und zahlreiche verwundet.

Mannheim. In der Nähe des Bahnhofs Friedrichsfeld-Süd wurden auf der Bahnstrecke die Leichen eines Liebespaares gefunden, das sich vor einen aus Mannheim kommenden Zug geworfen hatte. Die Toten konnten bisher noch nicht identifiziert werden. Die beiden Lebensmüden waren schon um ½3 Uhr morgens von einem Bahnbeamten in der Nähe der Schienen beobachtet worden.

Die Opfer von Philippopel.

Sofia. Die Zahl der Opfer des Erdbebens bei Philippopel ist ziemlich groß. Bisher wurden 15 Tote und 80 Verwundete gemeldet. In Tschipan, das bereits in der vorigen Woche von einem Erdbeben heimgesucht wurde, bemächtigte sich der Bevölkerung eine solche Panik, daß mehrere Personen den Verstand verloren.

Revision im Arensdorfer Prozeß verworfen.

Leipzig. Vor dem zweiten Strafsenat des Reichsgerichts fand die Revisionsverhandlung im Arensdorfer Prozeß statt. Das Schwurgericht Frankfurt a. d. Oder verurteilte seinerzeit den Landwirt August Schmelzer wegen Totschlags — es handelte sich um einen Überfall auf Reichsbannerleute — zu fünf Jahren Zuchthaus und dessen Vater Paul Schmelzer wegen Beihilfe zu einem Jahr sechs Monaten Zuchthaus. Nach längerer Beratung kam das Gericht zu einer Verwerfung der Revisionen der Angeklagten, ebenso wurde der Haftentlassungsantrag des Verteidigers abgelehnt.

Wir und unsere Kinder.

(Sonntagsgedanken.)

Die Schulneulinge fangen ihren regelmäßigen Schuldienst an. Das ist ein Ereignis für die ganze Familie. Der Vater erkundigt sich, wie es in der Schule geht; die Mutter sorgt sich, daß ihrem Liebling ja nichts geschieht. Wo nur ein einziges Kind in der Familie ist, ist der erste Schulweg wie die Entdeckung eines Neulandes: das Kind kommt mit anderen Kindern in die große Gemeinschaft des Volkes hinein. Man kann es nicht mehr für sich zurückhalten und muß es dem Lehrer überlassen und Einflüssen aussetzen, die vielleicht ganz, ganz anders sind als der Geist des Elternhauses.

Da merkt man: der Staat ist der Herr der Schule. Er befiehlt, daß die Kinder seine Schule besuchen; dafür übernimmt er die Garantie, daß sie etwas lernen. Er weiß allerdings, daß sie das Beste und Feinste schon aus dem Elternhaus mitbringen müssen. Ohne die Kräfte des Gemüts kann die Schule ihre gemeinschaftbildende Arbeit weder beginnen noch vollenden. Ohne Zweifel ist die Schule ein gemeinschaftvertiefender, kein eigentlich gemeinschaftbildender Faktor.

Aus diesem Grunde wird die Schule immer den Geist des Elternhauses und das Recht der Eltern zu achten haben; sie hat das Kind acht oder zehn Jahre unter ihrer Aufsicht. Die Eltern sind verantwortlich für das Kind, noch ehe es geboren war und bis in die Zeit seiner Selbständigkeit hinein, wenigstens fühlen sie sich dafür verantwortlich. So ist die Schule wichtig für die Bildung der Fähigkeiten und Fertigkeiten des Kindes. Das Elternhaus bleibt die Brunnenstube der seelischen und moralischen Kräfte, aus denen das Kind immer und immer wieder schöpft. Und wohl dem Kind, das die Luft eines guten Elternhauses atmet, wo der Geist des Friedens und der Liebe herrscht, wo man sich nicht der Willkür hingibt, sondern in der Zucht Gottes lebt und gute Beispiele gibt.

Beispiele erziehen, liebe Eltern! Gebt den Kindern keine guten Lehren, sondern lebt ihnen alles vor! Seid Christen, und ihr werdet euch nicht zu beklagen haben, daß eure Kinder ganz von selbst in oder Christen werden! Und die vereint der Schule möge diesen Geist charaktervoller Erziehung vertiefen!

Die deutschen Flieger noch auf Greenly Island.

Freiherr v. Hünefeld über den Ozeanflug.

Hier und da verbreitete Gerüchte, daß Köhl und Hünefeld mit einem kanadischen Flugzeug Greenly Island verlassen hätten, haben sich nicht bestätigt. Wohl aber scheint jetzt festzustehen, daß die „Bremen" auf der Insel nicht repariert werden kann und daß die beiden deutschen Flieger die Insel tatsächlich mit einem Hilfsflugzeug verlassen wollen, um sich mit Fitzmaurice in Murray Bay zu treffen und mit ihm den Flug nach Newyork fortzusetzen. Alle aus Greenly Island eintreffenden Meldungen weisen darauf hin, daß zwischen den Fliegern nicht die geringste Verstimmung besteht. Nachträglich wird noch bekannt, daß bei der Landung der „Bremen" auf dem Eise von Greenly Island Hünefeld an der rechten Hand und Fitzmaurice im Gesicht leicht verletzt worden sind.

Kursbericht vom 19. April 1928

mitgeteilt vom

Bankverein Artern, Spröngerts, Büchner & Co.,

Abteilung Nebra.

Deutsche Anleihe Ablösungsschuld mit Auslosungsrecht.	52	%
ohne "	16,80	"
7% "Prov. Sächs. Lbschftl. Goldpfandbriefe	86,90	"
8% " " " " "	95,20	"
7% Dtsch. Hyp.-Bank" Meiningen "Goldpfandbr.	92	"
8% " " " " "	98,50	"
7% Mitteldeutsche "Boden-Credit A.-G., "Goldpfandbr.	92,50	"
8% " " " " " "	97,75	"
Deutsche Bank	159	"
Dresdner Bank	152,75	"
Commerz- und Privatbank	174	"
Hallescher Bankverein	140 7/8	"
Hapag	154	"
Norddeutscher Lloyd	152,25	"
AEG (Allg. Elektr. Ges.)	163,25	"
IG Farben	265	"
Ilse Bergbau	260	"
Mansfelder Bergbau	134	"
Riebeck Montan	152	"
Phönix Braunkohlen	91,75	"
Westeregeln Alkali	195	"
Leipziger Landkraftwerke	91	"
Zellstoff Waldhof	292	"
Wanderer-Werke	190	"
Akkerwerke	92 3/8	"
Riebeck-Brauerei	140	"
Braunschweigische Maschinen	66	"
Sturm A.-G.	70	"
Kyffhäuserhütte	70	"
Eisenwerk Brünner	20	"

Kirchliche Nachrichten

Misericordias-Domini, Sonntag, den 22. April 1928.

10 Uhr vorm.: Hauptgottesdienst in der Kirche.

1/2 12 Uhr vorm: Kindergottesdienst im Gemeindesaal. (ältere Abtl.)

2 Uhr nachm.: Kindergottesdienst im Gemeindesaal. (jüngere Abtl.)

Abends 8 Uhr: Bibelbesprechstunde für junge Mädchen im Gemeindesaal.

Mittwoch, abends 8 Uhr: Bibelstunde im Gemeindesaal.

Freitag, abends 8 Uhr: Jungfrauenverein im Gemeindesaal.

Getauft wurde am 15. April Walter Karl Eberlein.

Extra-Beilage. In der Sitzung des preußischen Landtags vom 27. März d. J. hielt Wohlfahrtsminister Dr. Hirtsiefer in Vertretung des preußischen Ministerpräsidenten Dr. Braun eine Rede, die einen Rechenschaftsbericht der preußischen Regierungskoalition während der Jahre 1925—1928 darstellt. Die Rede ist in einer Massenauflage gedruckt und soll möglichst allen Schichten des Volkes Verbreitung finden. Der heutigen Ausgabe unserer Zeitung liegt sie als Extra-Beilage bei.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280421-16/fragment/page=0003

Vorführung eines sprechenden Films.

Coolidge und Lindbergh treten auf und reden

In der amerikanischen Botschaft in Berlin fand vor einer geladenen Gesellschaft die Vorführung eines sprechenden Films statt. Er stellt die Verbindung von Wort und Bild dar, und die knappe Probe der neuen Errungenschaft erregte durch ihre Technik, die es ermöglicht, das gesprochene Wort dem Bilde anzupassen, große Anerkennung. Die Hauptnummer der Probevorführung bestand in einer Wiedergabe der Empfangsfeierlichkeit, die zu Ehren des Ozeanfliegers Lindbergh in Washington stattfand und bei der Präsident Coolidge die Begrüßungsrede hielt. Die Wiedergabe der Stimme des amerikanischen Präsidenten sowie die Erwiderung Lindberghs waren laut Urteil amerikanischer Gäste, die die damaligen Feierlichkeiten in Washington miterlebt haben, in jeder Nuance echt. Unter den Gästen des Botschafters befanden sich Minister Dr. Stresemann, Reichswehrminister Gröner und zahlreiche Vertreter des Diplomatischen Korps sowie der Presse und der Industrie.

Neue Erdbeben in Südosteuropa.

Schwere Schäden in Philippopel.

Aus Bulgarien werden neue schwere Erdstöße gemeldet. Der Mittelpunkt des neuen Bebens liegt bei Philippopel und Haskovo. In Philippopel sind fast alle großen Gebäude eingestürzt, darunter die sechsstöckigen Gebäude des Tabakdepots. Die Lichtanlagen der Stadt sind zerstört, so daß ganz Philippopel in Dunkel gehüllt ist. Durch Kurzschluß entstand eine Anzahl Brände; ein Militärdepot ist völlig ausgebrannt. Im Militärklub sind viele Tote zu verzeichnen und ungewöhnlich viele Verwundete. Bestimmte Zahlen konnten noch nicht genannt werden. Aus der Stadt Haskovo liegen gleichfalls schlimme Nachrichten vor. Der Gebäudeschaden soll dort besonders groß sein.

Die Zahl der Opfer des ersten Erdbebens wird auf 22 Tote und 100 Verletzte geschätzt. Der Schaden dürfte 400 Millionen Lewa erreichen. Die völlig verschüchterte Bevölkerung lebt unter steigenden Entbehrungen im Freien. Es macht sich bereits Mangel an Nahrungsmitteln bemerkbar. Erderschütterungen werden jetzt auch aus Rumänien und aus Ungarn gemeldet.

*

Schwere Folgen des Erdbebens in Peru.

In Lima eingelaufene Berichte besagen, daß die Erderschütterungen in den betroffenen peruanischen Bezirken weiterhin anhalten und zahlreiche Erdrutsche zur Folge hatten. Nach einer noch unbestätigten Meldung sollen 40 Indianer durch einen Erdrutsch lebendig begraben worden sein.

Die Mittel für die Landwirtschaft.

Beschlüsse des Reichsrats.

Der Reichsrat beschäftigte sich mit den Bestimmungen des Notprogramms für die Landwirtschaft über die Absatzregelung. Entgegen dem ursprünglichen Vorschlag des Reichsernährungsministers, eine Zentralgesellschaft zu schaffen, schloß sich der Reichsrat den Beschlüssen seiner Ausschüsse an, die auf die Bildung eines Länderausschusses gehen, der die Einzelbestimmungen unter Aufsicht des Reichsernährungsministeriums treffen soll.

Der bayerische Vertreter wandte sich gegen die Zentralgesellschaft, weil dadurch eine Art Nebenregierung gebildet würde. Für die preußische Regierung stellte Ministerialdirektor Nobis den Antrag, von dem 30-Millionen-Fonds fünf Millionen „zur Linderung besonderer landwirtschaftlicher Notstände" auf die Länder zu verteilen.

Reichsernährungsminister Schiele bat für die Reichsregierung, den preußischen Antrag abzulehnen. Die Reichsregierung könne sich nicht verpflichten, dem Antrag bei etwaiger Annahme beizutreten.

In namentlicher Abstimmung wurde jedoch der preußische Antrag mit 46 gegen 21 Stimmen angenommen. Die Durchführung des Notprogramms ist an die Zustimmung des Reichsrats und des Kontrollausschusses des Reichstages gebunden.

*

Der Kontrollausschuß des Reichstages beriet die Richtlinien über die Verwendung der Reichsmittel weiter. Reichsernährungsminister Schiele teilte mit, er wolle durch telegraphisches Ersuchen an die Länder dahin wirken, daß der Reichsrat seine Verhandlungen über die Richtlinien bis Ende nächster Woche abschließen möge. Nach längerer Aussprache wurde ein deutschnationaler Antrag Thomsen angenommen, der erneut einige Änderungen an den Richtlinien für die Verteilung der Mittel vornimmt, namentlich hinsichtlich ihrer Zweckbestimmung.

Die Brüder Barmat in Holland.

Amsterdam. Julius und Henry Barmat sind h[illegible] getroffen.

□ **Vorläufig keine Errichtung einer Postsparkasse.** Der Reichsverband des deutschen Handwerks hatte in einer besonderen Eingabe an das Reichspostministerium Einspruch gegen die beabsichtigte Errichtung einer Postsparkasse erhoben. Der Reichspostminister betont nunmehr in einem Schreiben an den Reichsverband, daß die Frage, ob nach dem Vorbild der meisten ausländischen Staaten auch in Deutschland eine Postsparkasse zu errichten wäre, sorgfältiger Prüfung bedürfe. Der Minister weist darauf hin, daß die Verhältnisse in Deutschland wesentlich anders als in den Staaten, die bereits eine Postsparkasse eingeführt haben, liegen. Wie vom Reichsverband des deutschen Handwerks, so werden auch von anderen Seiten mancherlei Gründe geltend gemacht, die gegen eine Postsparkasse in Deutschland sprechen. Die Frage wird unter den gegebenen Umständen in naher Zeit noch nicht entschieden werden.

Bekanntmachung.

Die Anmeldung zu der gewerblichen Berufsschule
hat an den Tagen

Donnerstag, den 19. April
Freitag, den 20. April
Sonnabend, den 21. April d. Js.

in der Zeit von 11 bis 12 Uhr im Amtszimmer des Rektors (altes Schulhaus, zwei Treppen) zu erfolgen. Schulzeugnisse sind mitzubringen.

Zum Besuche der für den Bezirk der Stadt Nebra errichteten gewerblichen Berufsschule sind alle nicht mehr volksschulpflichtigen im Stadtbezirk beschäftigten oder wohnhaften unverheirateten männlichen Jugendlichen unter 18 Jahren verpflichtet.

Ausgenommen sind bis auf Weiteres diejenigen Jugendlichen, die in einem landwirtschaftlichen Betriebe ständig beschäftigt sind.

Besteht für den im Stadtbezirk Nebra beschäftigten Jugendlichen, der seinen Wohnsitz außerhalb Nebras hat, auch eine Pflicht zum Besuche der Berufsschule am Wohnorte, so ist ihr am Beschäftigungsorte, also an der Berufsschule zu Nebra, zu genügen. Bei Vorliegen wichtiger Gründe ist auf Antrag des Arbeitgebers oder des gesetzlichen Vertreters des Schulpflichtigen eine andere Regelung zulässig.

Die Arbeitslosigkeit hebt die Schulpflicht am Wohnort nicht auf.

Jugendliche Personen, die nach der Satzung nicht zum Besuche der Berufsschule verpflichtet sind, können nach Aufhören der Volksschulpflicht durch den Schulvorstand auf jederzeitigen Widerruf gegen Zahlung eines Schulgeldes zur Teilnahme am gesamten Unterricht oder an einzelnen Unterrichtsfächern zugelassen werden. Diese Schüler sind ebenfalls der Schulordnung unterworfen, ihr Eintritt und Austritt kann nur bei Beginn bzw. Ende eines Schuljahres erfolgen.

Die Probezeit der Lehrlinge hat auf die Schulpflicht keinen Einfluß. Der Unterricht im neuen Schuljahre beginnt Montag, den 23. April 1928.

Nebra, den 14. April 1828.

Der Magistrat. **Der Leiter der gewerblichen Berufsschule.**

Bekanntmachung.

Betr. Früharbeit in Bäckereien und Konditoreien.

Der Herr Regierungspräsident hat mit Ermächtigung des Herrn Ministers für Handel und Gewerbe seine am 14. März 1927 (Reg.-Amtsblatt S. 90) auf Grund des § 5 der Verordnung über die Arbeitszeit in den Bäckereien und Konditoreien vom 23. Novbr. 1918 (R.G.Bl.S. 1329) erteilte Genehmigung zur Verlegung der im § 3 a. a. O. vorgeschriebenen achtstündigen Betriebsruhe auf die Zeit von 9 Uhr abends (21 Uhr) bis 5 Uhr morgens unter den gleichen Bedingungen **bis auf weiteres** verlängert.

Querfurt, den 30. März 1928

Der Landrat. Dr. Wandersleb.

Wird veröffentlicht

Nebra, den 18. April 1928

Die Polizei-Verwaltung.

Deutsche demokratische Partei

Mittwoch, den 25. April, abends 8 Uhr

Mitglieder-Versammlung

im „Weißen Roß".

Landrat Dr. Wandersleb-Querfurt

spricht über: **Politische Tagesfragen.**

Alle Freunde der Demokrat. Partei sind als Gäste herzlichst eingeladen.

WIPPACH

Sonntag, den 22. April, nachm. 2½ Uhr

Preisskaten ● Preiskegeln

Abends

Tanzkränzchen.

Es laden freundlichst ein

Radfahrer-Verein Wippach. **Koch,** Gastwirt.

Buttermilch

(kannenweise)

pro Ltr. 8 Pfg., ist abzugeben — auch nach auswärts. **Bestellungen** nimmt entgegen

Robert Ulrich, Privatstr. 1.

Kartoffelflocken

Trockenschnitzel

empfiehlt **Otto Beier.**

Ia Eiderfettkäse 20%

9 Pfd. = Mk. 6.30 franko

Dampfkäsefabrik Rendsburg.

Naturheilpraxis

— Augendiagnose —

Behandlung von Krankheiten

durch Complex-, Homöopathie- und Naturheilverfahren.

Löffelholz, Roßleben

Tel. 80 **„Weintraube"** Tel. 80

Sprechzeit: **Jeden Dienstag** von 9—4 Uhr.

Auf Bestellung komme ich auch nach auswärts in's Haus.

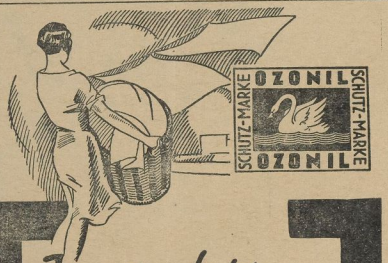
Drucksachen

für Handel, Gewerbe und Industrie

fertigt an

Buchdruckerei W. Sauer

Rossleben.



Immer wieder freut man sich

über die wundervolle Reinigungskraft des Ozonil. Es ist das ideale Waschmittel, das sich jede Hausfrau schon lange gewünscht hat. Waschen Sie darum nur mit

Ozonil

Hergestellt in den Fabriken von Dr. Thompson's Seifenpulver

Stadt-Lichtspiele Preuß. Hof

Sonntag, den 22. April, abends 8¼ Uhr:

Der Meineidbauer

Volksdrama von Ludwig Anzengruber

Ferner:

Bobby liebt die Arbeit nicht

Nachmittag 2½ Uhr Kindervorstellung.

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**

Kleinwangen

Sonntag, den 29. April, von nachmittag 2½ Uhr ab (**nicht** am 22. April)

Preisskat.

Um recht rege Beteiligung bittet **Paul Neumann.**

Bruch-Heilung

Hermes Hermes

Ohne Operation, ohne Berufsstörung

wurde durch unsere Behandlungsart sogar in schwersten Fällen in erstaunlichem Maße erzielt und uns in Hunderten von Attesten bestätigt.

Sprechstunde unseres Vertrauens-Arztes in: **Naumburg:**

Mittwoch, 25. April, vorm. 8—12 Uhr, Bahnhofs-Hotel Kaiserhof.

„Hermes" Aerztliches Institut f[illegible]hovädische Bruchbehandlung G. m. b. H., **Hamburg,** Esplanade 6.

Aeltestes und größtes **ärztliches** Institut dieser Art.

Der praktische Ratgeber im Obst- und Gartenbau

Das ist die Zeitschrift, die jeder Gärtner und Gartenbesitzer dringend braucht. Wertvolle Aufsätze vermitteln gärtnerische Erfahrungen, berichten von Neuzüchtungen, geben Winke zur Ertrag-Steigerung usw.

Der „Praktische Ratgeber" ist die prominente und älteste Gartenbau-Zeitschrift Deutschlands. Er will auch Ihnen ein wirklich zuverlässiger, praktischer Berater sein. Treten Sie umgehend der Ratgebergemeinde bei

Verlangen Sie kostenlos Probenummer

Die Wochenausgabe erscheint Sonntags; ein reich mit Bildern geschmücktes Heft. Monatlich. Bezugspreis 1 Mk.

Die Monatsausgabe ist für Leser, die mit einer Ausgabe im Monat auskommen. Bezugspreis vierteljährl. 60 Pf.

VERLAG TROWITZSCH & SOHN
FRANKFURT AN DER ODER

Französisch

übt oder lernt man rasch und gründlich, wenn Vorkenntnisse vorhanden, mit Beihilfe einer französischen Zeitung. Dazu eignet sich ganz besonders der vorzüglich redigierte und bestempfohlene

Le Traducteur

Französ.-deutsches Sprachlehr- u. Unterhaltungsblatt.

Probenummer kostenlos durch den Verlag des **Traducteur** in **La Chaux-de-Fonds** (Schweiz).

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280421-16/fragment/page=0004

Nebraer Anzeiger

Amtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild" und „Das Leben im Wort"

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle und den Postanstalten 1.10 Mk.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Roßleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauersche Buchdruckerei, Roßleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Meitz, Markt 34/35.
Fernsprecher: Amt Roßleben Nr. 21. — Postscheckkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 5 Pf., die 90 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 15 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Artern.

№ 47 — Sonnabend, den 21. April 1928 — 41. Jahrgang

Außenpolitik und Dawes-Plan.

Man weiß aus der Wirtschaftswissenschaft, daß man an der „Ausrüstung" des gewöhnlichen Staatsbürgers die internationalen Zusammenhänge der Wirtschaft feststellen kann. Die Wolle seines Anzuges stammt aus Australien, die Baumwolle seiner Strümpfe aus Ägypten, die seiner Wäsche aus den Vereinigten Staaten. Die Knöpfe an seinem Anzug lieferte das Horn des afrikanischen Büffels. Der Filz seines Hutes stammt aus Italien. Seine Schuhe sind aus russischem Leder gefertigt, sein Schlips hingegen aus Kunstseide, fabriziert aus tschechoslowakischem Holz, und echte Seide, die ein fleißiger Seidenwurm im Tale des Jangtsekiang spann. Die Zigaretten oder Zigarren in seiner Jackentasche sind aus Tabak Ägyptens oder Brasiliens hergestellt, während seine Gummiabsätze oder Sparhacken vor nicht gar zu langer Zeit noch als Saft in einem Gummibaum auf der Halbinsel Malakka zirkulierten. Ausnahmen von dieser Regel gibt es in Deutschland nicht. 65 Millionen Deutsche schon im Deutschen Reiche allein sind bei dem wilden Kampf um den Absatz ein unentbehrlicher weltwirtschaftlicher Faktor. Sie bezahlen ihre Verbrauchsartikel durch die Ausfuhr von Waren oder Diensten.

Der Reichtum des deutschen Volkes in der Vorkriegszeit beruhte auf seiner nationalen Arbeitskraft und auf seiner Fähigkeit, die Erzeugnisse anderer Industrieländer, gestützt auf die eigene Macht, zu unterbieten und dergestalt aus dem Felde zu schlagen. Weltwirtschaftlich gesehen war dann die Inflationszeit in Deutschland eine Schleuderkonkurrenz mit dem Ziel, wieder ins Auslandsgeschäft hineinzukommen. Hernach hat man uns den Dawes-Plan aufgezwungen; wir müssen alljährlich große Tribute, im nächsten Jahre 2½ Milliarden Mark, an das Ausland entrichten. Da wir durch den Weltkrieg unsere Verkaufsorganisation in Ausland fast ganz eingebüßt und dazu eine gegen die deutsche Konkurrenz gerichtete Gesetzgebung in vielen Ländern der Erde als Hindernis für unseren Export zu überwinden haben, so ist die Aufgabe, diese Summe zu zahlen, künstlich unmöglich gemacht. Wir müssen die Einfuhr einschränken, aber die Einschränkung der Einfuhr steigert die Preise. Um sie wieder zu senken, muß, wie das der Reichsaußenminister Stresemann auf dem Industrie- und Handelstage ausführte, von der Landwirtschaft im Rahmen der Handelsverträge Entgegenkommen erwartet werden. Das bedeutet mit andern Worten: höheren Zollschutz für die Industrie, geringeren Zollschutz für die Landwirtschaft!

Diese durch den Dawes-Plan bedingte Handelspolitik, die auf eine Senkung der Lebensmittelpreise abzielt, um eben der Industrie den Wettbewerb zu ermöglichen, wird nun leider in ihrer Wirkung auf die Landwirtschaft bekanntlich noch verschärft. In den letzten vier Jahren hat Deutschland etwa 7—10 Milliarden Auslandskredite aufgenommen. Diese Auslandskredite gelangen hauptsächlich in Form von Einfuhrwaren nach Deutschland. Am leichtesten lassen sich nun allenthalben in der Welt wie auch bei uns Nahrungsmittel absetzen; Getreide und Fleisch sind leichter verkäuflich als Fabrikate. So ist es denn dazu gekommen, daß unsere Landwirtschaft nicht nur unter den Folgen des allzu geringen Zollschutzes, sondern gleichzeitig unter der künstlichen Konkurrenz des Auslandes zu leiden hat, die eine Folge der Auslandskredite ist. Da diese Auslandskredite allgemein zu sehr hohen Zinsen nach Deutschland gelangen, so hat gerade die Landwirtschaft davon keinen besonderen Vorteil; denn hohe Zinsen vermag sie unter diesen Umständen noch weniger zu zahlen als vor dem Kriege. Man darf aber die volkswirtschaftliche Bedeutung der Landwirtschaft für die deutsche Industrie nicht unterschätzen: von sachverständiger Seite wird der Wert ihrer Jahreserzeugung auf über 13 Milliarden Mark angegeben und das ist eine noch sehr vorsichtige Schätzung.

Es bedarf keiner besonderen Hervorhebung mehr, daß heute die Lage der Landwirtschaft alles andere als gut ist; eine Fortdauer dieses Zustandes muß eine nationale Katastrophe bringen. Das dadurch herbeigeführte Sinken der inneren Kaufkraft steigert aber das Exportbedürfnis der Industrie. Wenn aber, wie das leider der Fall ist, hohe Zollmauern sie an dem Betreten dieses Ausweges hindern, dann steht ein Rückschlag auf dem Gebiete auch der industriellen Erzeugung nicht außerhalb des Bereiches der Möglichkeiten. Das sind aber die Dinge, auf die es heute ankommt.

Man spricht heute sehr viel von der Notwendigkeit einer Revision des Dawes-Planes. Dieser sollte ja, wie bei der Londoner Konferenz 1924 immer wieder versichert wurde, ist, nur ein vorübergehendes Experiment darstellen zur Feststellung der deutschen Leistungsfähigkeit. Heute wissen wir genau, daß man damals die Leistungsfähigkeit der deutschen Wirtschaft weit überschätzte, weil man die Wirkung der schutzzöllnerischen Politik der anderen Staaten nicht übersehen konnte. So ist ja auch England inzwischen unter die Schutzzollstaaten gegangen.

Aus den bisherigen Ausführungen wird aber zweifellos für jeden eines hervorgehen, nämlich, daß wir wirtschaftlich zum Optimismus keine Veranlassung haben. Vielmehr kommt es darauf an, unsere Lage nüchtern und kühl zu anzusehen, wie sie wirklich ist. In erster Linie müssen wir darnach streben, auch in der Handelspolitik die Freiheit des Handelns wiederzugewinnen, soweit das namentlich in unserer Lage mitten in Europa möglich ist. Dazu gehört die Wiederherstellung der landwirtschaftlichen Rentabilität. Wie der Ausgleich zwischen Industrie, Landwirtschaft und Reparationszahlungen gefunden werden soll, kann zur Stunde noch nicht gesagt werden. Daß es sich dabei um eine Frage von entscheidender Bedeutung handelt, von der unsere ganze wirtschaftliche und politische Zukunft abhängt, liegt auf der Hand. Hier mag nur an eines erinnert werden. Setzt sich die Landwirtschaftskrise fort, dann wächst der Menschenzustrom nach den Städten und Industriegebieten. Diese können aber nicht mehr Menschen als bisher aufnehmen, wenn sie nicht ihren Produktionsabsatz steigern können. Der Binnenmarkt ist dabei ebenso wichtig wie die Ausfuhr. Geht es aber mit der Landwirtschaft weiter rückwärts und mit der Industrie nicht vorwärts, dann bleibt nur eine Möglichkeit, um unseren Verpflichtungen nachzukommen, nämlich die der Ausfuhr von Menschen. Daß die deutsche Auswanderung in bedenklicher Weise zunimmt, ist bekannt. Wie aber gerade der Ausfuhr von Menschen ohne tatkräftige Unterstützung des Landvolkes entgegengewirkt werden kann, das ist eine Aufgabe, die von der kommenden Regierung gelöst werden muß; erst wenn man deren Zusammensetzung kennen wird, wird man entscheiden können, ob sie dieser Aufgabe gewachsen sein wird. Auch der Schutz der Landwirtschaft, besonders der handelspolitische Schutz, ist also, wie man sieht, eine Aufgabe von nationalpolitischer Bedeutung, die der Parteipolitik nicht anheimfallen darf.

Reichskabinettssitzung über die Antikriegspläne.

Vortrag Dr. Stresemanns.

Das Reichskabinett trat unter Vorsitz des Stellvertreters des Reichskanzlers, Reichsjustizministers Dr. Hergt, zusammen. Der deutsche Bevollmächtigte für die deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen, Reichsminister i. R. Dr. Hermes, erstattete Bericht über den augenblicklichen Stand der Verhandlungen. Im Anschluß daran nahm das Reichskabinett einen Bericht des Reichsministers des Auswärtigen, Dr. Stresemann, über den Vorschlag der amerikanischen Regierung zum Zweck eines allgemeinen Kriegsächtungspaktes entgegen. Wie verlautete, sollte auch das vom Reichsinnenminister von Keudell vorgeschlagene Verbot des Rotfrontkämpferbundes zur Sprache kommen.

Wie aus dem Vortrag des Ministers a. D. Hermes zu erkennen war, sollen die deutsch-polnischen Verhandlungen alsbald wieder aufgenommen werden. Eine polnische Kommission ist bereits nach Berlin abgereist.

Die von Dr. Stresemann behandelte amerikanische Antikriegsaktion bezweckt ein allgemeines Kriegsverbot und einen zu diesem Zweck abzuschließenden Vertrag zwischen Amerika, England, Frankreich, Belgien, Japan und Deutschland. Die Vorschläge sind inzwischen vom Auswärtigen Amt in Berlin sehr eingehend geprüft worden. In zuständigen politischen Kreisen nimmt man an, daß die deutsche Regierung, die keinen Zweifel darüber gelassen hat, daß sie die Aktionen Amerikas auf das lebhafteste begrüßt und unterstützt, mit einer formellen Kabinettsbeschlußfassung in diesem Sinne noch zurückhalten will. Die eigentliche Diskussion über einen Antikriegsvertrag wird wahrscheinlich erst nach den Wahlen in Frankreich und Deutschland in Fluß kommen können.

*

Keine Auflösung des Sächsischen Landtages.

Der Sächsische Landtag lehnte in seiner Donnerstagsitzung gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und Kommunisten die von diesen gestellten Anträge auf Auflösung des Landtages ab. Der Vertreter der Nationalsozialisten erklärte vorher, er halte die jetzigen Regierungsparteien für objektiver als die Kommunisten und Wirtschaftsparteiler. Kaiser sprach sich ebenfalls gegen die Auflösung aus.

[illegible]bundes?

[illegible] ministers.

[illegible]lt wurde, hat der [illegible]des § 17, Absatz 2 [illegible]erregierungen das [illegible]en Frontkämpfer[illegible]en Frontkämpfer[illegible] bestehen. [illegible] auch der Reichs[illegible]ämpferbundes zu[illegible]elle erklärt, daß es [illegible]des Reichsinnen[illegible]ter sei, handele. [illegible]ster sind von der [illegible]digt worden, aber [illegible]ninister weder er[illegible]teilt worden. [illegible] das Ersuchen des [illegible] und gegen ein [illegible] Dem Einspruch [illegible] hessische, die [illegible]erung von Meck-

[illegible]ntverbot.

[illegible]sausschusses. [illegible]ung der Rechte der [illegible]ng, den 24. April, [illegible]rdnung steht die [illegible]bot des Rotfront-

Dem preußischen Einspruch gegen ein Verbot haben sich inzwischen noch außer Hessen, Braunschweig und Mecklenburg angeschlossen: Hamburg, Lübeck, Anhalt, Sachsen und Baden. Die Staaten haben ihre Ablehnung nach Berlin mitgeteilt und werden sich, falls das Verbot erfolgt, der Klage beim Staatsgerichtshof anschließen. In Bayern ist man geneigt, dem Verbot zuzustimmen.

Deutschland und der Kriegsverzicht.

Prüfung der amerikanischen Vorschläge.

Die von dem amerikanischen Botschafter überreichte Note des Staatssekretärs Kellogg über den Abschluß eines allgemeinen Kriegsächtungsvertrages ist im Auswärtigen Amt zu Berlin geprüft worden. Diese Verhandlungen sind abgeschlossen, so daß die Note jetzt in einer der nächsten Kabinettssitzungen beraten werden kann. Natürlich wird es zu einer endgültigen Beschlußfassung zunächst noch nicht kommen, um so mehr als auch neue französische Vorschläge vorher noch geprüft werden sollen. Soviel steht fest, daß die amerikanischen Vorschläge in Berlin eine sympathische Aufnahme gefunden haben und daß auch die Rechtsabteilung der Reichsregierung Bedenken gegen die Verwirklichung nicht zu haben glaubt.

Französische Gegenpläne.

Die französische Regierung wird im Laufe dieser Woche den Regierungen von Deutschland, England, den Vereinigten Staaten, Japan und Italien nicht nur einen Gesetzentwurf für den von Kellog vorgeschlagenen Antikriegspakt, bestehend aus drei oder vier Artikeln und den Vorbehalten, die die Lage erheische, unterbreiten, sondern gleichzeitig auch eine erläuternde Note, die nicht wesentlich von der abweichen werde, die Frankreich am 26. März in Washington überreichen ließ.

Industrie- und Handelstag in Berlin.

48. Vollversammlung.

Die Reichshauptstadt beherbergt zurzeit die bedeutendsten Vertreter der deutschen Industrie und des deutschen Handels zu ihren überaus wichtigen Verhandlungen. Der Deutsche Industrie- und Handelstag wurde bereits Dienstag abend durch ein Festmahl in den Kroll-Festsälen eingeleitet, zu dem die Spitzen der Reichsregierung und eine große Anzahl anderer bedeutender Persönlichkeiten erschienen waren. Nach der Begrüßungsansprache des Präsidenten des Industrie- und Handelstages, Franz v. Mendelssohn, dankte Reichswehrminister Dr. Gröner im Namen der Reichsregierung und der Gäste. Er betonte dabei, daß die Reichsregierung die Arbeiten des Deutschen Industrie- und Handelstages und der Industrie- und Handelskammern mit regem Interesse verfolge. Im Reichstag trat dann Mittwoch früh die 48. Vollversammlung des Industrie- und Handelstages zusammen.

Wieder waren zahlreiche Vertreter der Reichsregierung — darunter Reichsminister des Auswärtigen Dr. Stresemann und Reichsfinanzminister Dr. Köhler — sowie Vertreter der Länderregierungen erschienen. Präsident von Mendelssohn eröffnete die Tagung mit einer Ansprache, in der er die Vertreter des Reiches und der Länder begrüßte.

Reichsaußenminister Dr. Stresemann

nahm nunmehr das Wort und rief die Erinnerung wach an die Kundgebung des Industrie- und Handelstages vom August 1923. Damals habe er, der Redner, davon gesprochen, daß wir im deutschen Volk doch die Kämpfe um die Staatsform zurückstellen sollten angesichts der Wirtschaftsnot. Dem Minister scheint es, daß diese Mahnung auch heute noch ihre Bedeutung nicht verloren hat, da wir noch weit entfernt seien von der Überwindung der Wunden des Krieges und der Nachkriegszeit. Während andere Erdteile ihre Wirtschaft um 30—40 Prozent über die Vorkriegszeit gesteigert haben, hat Europa noch nicht einmal den Stand von 1913 erreicht. Das sollte wie ein Alarmruf wirken auf die europäischen Länder zur wirtschaftlichen Verständigung und Zusammenarbeit.

Die Lage der gewerblichen Wirtschaft

behandelte als erster Redner der Tagesordnung Generaldirektor Erich Tgabert, Neunkirchen. Der Redner kam nach ausführlichen Darlegungen über die augenblicklichen Verhältnisse zu dem Schluß, der deutschen Qualitätsarbeit müsse auf dem Weltmarkt stärkere Geltung verschafft werden.

Wirtschaftsfragen der Reichsbahn

behandelte Dr. C. F. Siemens, Berlin. An Äußerungen über den Beschluß des Verwaltungsrats auf Beantragung einer Tariferhöhung anknüpfend, erklärte der Redner, daß eine ganze Reihe falscher Vorstellungen über die finanziellen Maßnahmen der Deutschen Reichsbahngesellschaft vorhanden sei. Der Redner erläuterte seine Voraussetzungen eingehend.

Über Stellung und Aufgaben der Landwirtschaft

in der deutschen Wirtschaft sprach Reichsminister a. D. Dr. Hermes, über deutsche Wirtschaftspolitik Minister a. D. Hamm.

*

Entschließung des Industrie- und Handelstages.

Berlin. Als Abschluß seiner Tagung hat der Deutsche Industrie- und Handelstag eine umfangreiche Entschließung angenommen, in der darauf hingewiesen wird, daß die Lage der deutschen Volkswirtschaft eben jetzt an der Schwelle einer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:3-171133730-61216334219280421-16/fragment/page=0005